

Interpellation Nr. 82 (September 2022)

betreffend 72 Kündigungen seit Anfang 2021 - Personalnotstand bei der Kantonspolizei Basel-Stadt

22.5347.01

Wie in den Medien seit einiger Zeit zu hören und zu lesen ist, hat die Kantonspolizei Basel-Stadt einen massiven Personalunterbestand und kann ihre Aufgaben nicht mehr selber bewältigen. Seit ein paar Jahren gibt es nun aber die vereinfachte Ausbildung zum Sicherheitsassistenten, -Assistentin (mbA), welche die Polizistinnen und Polizisten entlasten sollen. Offensichtlich besteht aber, wie auch in der ordentlichen Polizeiausbildung, selbst hier ein Rekrutierungsproblem.

Ein Grund dafür könnte sein, dass seit der Schliessung von Polizeiposten in den Quartieren der Kontakt zur Bevölkerung weitgehend verloren geht, was wiederum dem Ansehen schadet und den Polizeiberuf unattraktiver macht. Ansonsten müssten keine privaten Anbieter für polizeiliche Aufgaben beigezogen werden. Private Sicherheitsfirmen gaben in der Vergangenheit, vor allem in den Bundesasylstellen, aber bereits viel zu reden. Wie in den Medien weiter zu lesen war, äusserte sich der Mediensprecher der Polizei dahingehend, dass die Polizei nicht mehr in der Lage sei, ihren Auftrag richtig auszuführen und selbst übliche Bewachungsaufgaben von "in Haft"(!) befindlichen Personen nicht mehr selber wahrnehmen könne.

Das ist dramatisch und in einer Stadt wie Basel, mit einer sehr hohen Gewaltkriminalität, äusserst bedenklich und für die Zukunft auch gefährlich. Auch für den Polizeibeamtenverband ist dieser Zustand nicht mehr haltbar.

Der Interpellant bittet den Regierungsrat daher um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wo werden private Sicherheitsfirmen für hoheitliche Aufgaben eingesetzt und wer trägt dafür die Verantwortung?
2. Wie hoch ist der Unterbestand der Basler Kantonspolizei zum Zeitpunkt der Beantwortung dieser Interpellation?
3. Welche Hauptgründe für die Kündigung nennen Polizistinnen und Polizisten beim Abschlussgespräch?
4. Was gedenkt die Polizeileitung gegen die dramatische Kündigungswelle zu unternehmen?
5. Was gedenkt der Regierungsrat gegen den offensichtlich unattraktiven Polizeiberuf in unserem Kanton zu unternehmen?
6. Was gedenkt der Regierungsrat zu unternehmen, um das Rekrutierungsproblem zu beheben?
7. Ist der Regierungsrat bereit, das "Basler Polizei-System", welches für die Polizisten und Polizistinnen der Kantonspolizei unattraktiv und schweizweit einzigartig ist, zu überdenken und gegebenenfalls Anpassungen vorzunehmen?
8. Dem Regierungsrat ist wohl bewusst, dass die Sicherheit der Bevölkerung in Basel, Riehen und Bettingen oberste Priorität hat und er alles dafür tun muss, damit diese wieder vollumfänglich gewährleistet ist? Was sind entsprechend die sofortigen Massnahmen?

Felix Wehrli